

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **63 (1983)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reagan vor neuen Aufgaben

Versöhnung nach dem Vietnamkrieg

Am 13. November 1982 ist das Denkmal für die Gefallenen des Vietnamkriegs in Washington offiziell eingeweiht worden. Es soll die zerstrittene Nation versöhnen, die sich nicht einig werden konnte, was dieser Krieg für einen Sinn hatte und ihn schliesslich verlor. Das Schlachtfeld wurde dem Feind überlassen, nachdem über 2,2 Millionen amerikanische Soldaten nach Vietnam geschickt worden waren. 57 939 fanden den Tod, weitere 270 000 wurden verwundet. 570 000 Amerikaner entzogen sich der Dienstpflicht; 30 000 von ihnen setzten sich ins Ausland ab. Hunderttausende demonstrierten gegen den Krieg – vor allem Studenten, deren Aushebung zum Dienst aufgeschoben war und denen ausserdem zumeist Posten «hinter der Front» in Aussicht standen. Über elf Millionen junge Männer und eine Viertelmillion Frauen erfüllten ihre Dienstpflicht in der Zeit vom Einsatz des Auszugs nach der Bucht-von-Tongking-Resolution vom 4. August 1964 bis zur Aufhebung der allgemeinen Dienstpflicht.

Jahrelang hatten die Massenmedien die Deserteure und Dienstverweigerer als Helden dargestellt. Die heimkehrenden Soldaten wurden mit Schweigen empfangen, manchmal angespuckt und als Kriegsverbrecher beschimpft. Sieben Jahre sind vergangen,

seit die nordvietnamesische Feldarmee in Saigon einrückte und die letzten Amerikaner in der Botschaft zum Einholen der Flagge und zum eiligen Abflug mit Helikoptern zwang. Ronald Reagan hat zum Entsetzen defaitistischer Massenmedien den Vietnamkrieg als ehrenhaftes Unternehmen erklärt. Bei der mittleren und älteren Generation sind die seelischen Wunden dieses Konflikts noch nicht geheilt. Einerseits melden sich Haupt- ratgeber wie McNamara und Bundy, die sowohl für die Verwicklung Amerikas in den Vietnamkrieg wie für die Niederlage mitverantwortlich waren, als Experten für die Rüstungskontrolle und verlangen einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen oder den «Freeze», das Einfrieren der Bestände an Nuklearwaffen auf dem gegenwärtigen Zustand vor den Reduktionen, über die in Genf zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verhandelt werden. Andererseits wissen die meisten College-Studenten kaum mehr etwas vom Vietnamkrieg, der für sie der Geschichte angehört wie die napoleonischen Kriege.

Das Ehrenmal auf der Wiese in der Nähe des Monuments für Abraham Lincoln besteht aus zwei 75 Meter langen Mauern aus schwarzem Granit, die sich in stumpfem Winkel in einer Bodensenke treffen. Die Namen aller in Vietnam umgekommenen Amerikaner sind darauf in weisser Schrift aufgeführt. Die ersten zwei Experten

wurden am 8. Juli 1959 hinterrücks erschossen. 1973 rückten die letzten Truppen ab. Seit dem 28. März 1975 befindet sich kein Amerikaner mehr in Vietnam. Das Denkmal ist von der heute 22 Jahre alten Chinesisch-Amerikanerin Maya Lin entworfen, die sich kaum mehr an den Krieg erinnert, und von einer Kunstkommission mit dem ersten Preis bedacht worden. Seine abstrakten Linien missfielen jedoch einigen Kriegsteilnehmern und vor allem prominenten Kongressmitgliedern, die lieber ein Heldendenkmal im Stil derjenigen gesehen hätten, die in Frankreich jeden Dorfplatz zieren. Die langschenkigen Mauern wurden als «Jane Fondas Scham» heruntergemacht. Ein Kompromiss wurde gefunden: drei Soldaten in martialischer Haltung und eine Flaggenstange werden der Trauerwand vorangestellt. Der Streit über das Denkmal wird wohl vergessen werden. Vor der unendlich scheinenden Reihe der Gefallenen suchen Freunde und Angehörige die ihnen teuren Namen, betrachten sie still oder beten und weinen.

Ein neuer Streit droht die Nation zu erschüttern, nämlich die Auseinandersetzung über die Nuklearwaffen. Acht von neun Staaten und einige Städte haben am 2. November in Abstimmungen das «Einfrieren» der Nuklearwaffen sowohl in der Sowjetunion wie in den Vereinigten Staaten gefordert.

«Freeze»

Die Konferenz der römisch-katholischen Bischöfe bereitet eine Resolution vor, in welcher sie die Theorie der Mutual Assured Destruction verwirft und den Ersteinsatz von Nuklearwaf-

fen auch dann nicht zulassen möchte, wenn Verteidigungskräfte des Westens mit konventionellen Mitteln überrannt würden. Senator Edward Kennedy plante auf der Welle dieser Antinuklearbewegung ins Weisse Haus zu reiten, hat jedoch schon jetzt auf die Kandidatur verzichtet. Sein Bruder John hatte 1960 Eisenhower, dem Sieger der Feldzüge in Nordafrika und Europa, Vernachlässigung der Rüstung vorgeworfen; Edward Kennedy bezichtigt Reagan zu grossen Rüstungseifers. Erfahrungen aus früheren Jahren liessen erwarten, dass militärische und ausenpolitische Argumente bei Wahlen selten den Ausschlag geben. Eine unumstössliche Regel besteht nicht. Ein Wahlkampf ist jedenfalls kaum die richtige Gelegenheit, um ein so wichtiges Thema wie die Nuklearrüstung nüchtern zu erörtern. Breschnew hatte schon vor Monaten versprochen, keine weiteren Mittelstreckenraketen SS-20 mehr aufzustellen, aber dann ungestört doch weitere dieser mit drei Nuklear-Sprengköpfen ausgerüsteten Missile in Dienst genommen.

Direkte Demokratie

Die Abstimmungen vom 2. November waren unverbindlich; nur in den Einzelstaaten gibt es verbindliche Initiativen und Referenden, die sich aber nicht auf den Kompetenzbereich der Bundesregierung erstrecken können. Auffallend ist die bei jeder nationalen Wahl steigende Zahl von lokalen und staatlichen Abstimmungen. Der Wunsch der Bürger, sich mit den Mitteln der direkten Demokratie äussern zu können, nimmt zu.

Dabei erweist sich, was auch schon

in andern Ländern beobachtet worden ist, dass Abstimmungsergebnisse häufiger von Meinungsumfragen abweichen als Wahlresultate. Als Beispiel kann die Abstimmung in Kalifornien über die Kontrolle von Handfeuerwaffen angeführt werden, die mit 63 gegen 37 Prozent der Stimmen verworfen wurde, obwohl sich in «polls» jeweils eine klare Mehrheit für diese Beschränkung ausspricht. Das Zweite Amendment zur Bundesverfassung garantiert zwar den Bürgern das Recht, Waffen zu halten und zu tragen. Aber der Supreme Court hat den Staaten die Befugnis zugesprochen, Einschränkungen vorzunehmen, z. B. Schrotflinten mit abgesägtem Lauf – die «Lupara» der sizilianischen Mafia – zu verbieten.

Handfeuerwaffen, die keinem sportlichen Zweck dienen, befinden sich in grosser Zahl im Umlauf. Im District of Columbia müssen alle Feuerwaffen registriert werden, sonst drohen schwere Strafen. Die Verbrechen mit Schusswaffen haben sich trotzdem nicht vermindert. Die «National Rifle Association» wirbt mit viel Geld gegen jede Einschränkung des Waffenhandels und -besitzes mit der Begründung: «Nicht Waffen töten Menschen; Menschen töten Menschen.» Der Aufwand dieser Lobby reicht nicht aus, um zu erklären, warum die Kontrolle der Handfeuerwaffen nicht durchgesetzt werden kann. Ein Selbstschutzbedürfnis macht sich geltend, das nicht allein auf die Bedrohung durch Verbrechen zurückgeht.

Erfolge der Demokraten

Die Wahlen haben der Demokratischen Partei Erfolge aber keine Um-

wälzung gebracht. Sie haben ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus um 26 Sitze erhöht. Sie stellen ferner neu weitere sieben Gouverneure und haben ihre Stellung auch in den Staatsparlamenten gestärkt. Die Republikaner verfügen dagegen weiterhin über eine Mehrheit von 54 gegen 46 Mandaten im Senat, so dass sie der Regierung unerwünschte demokratische Initiativen blockieren können.

Noch nie ist bei Midterm-Wahlen ein solcher Aufwand getrieben worden. Mehr Geld wurde eingesammelt, mehr Radio- und Fernsehpropaganda ausgestrahlt. Die Political Action Committees (PAC) finanzieren die Wahlen in höherem Masse als die Parteien. Im Gegensatz zu diesen letzteren, die eine Integrationsfunktion ausüben, vertreten sie Sonderinteressen. Jimmy Carter hatte Mühe, die von Sonderinteressen beeinflussten Mitglieder des Kongresses unter einen Hut zu sammeln, obwohl seine Partei in beiden Häusern über die Mehrheit gebot. Ronald Reagan hat grösseres Geschick bewiesen, wenn es galt, Mehrheiten für seine Gesetzesvorschläge zusammenzubringen.

In vielen Kongresswahlen gaben lokale Probleme den Ausschlag. Aber sowohl Reagan wie die Demokraten versuchten, die Wahlen zu nationalisieren; dies gelang ihnen in einer Anzahl von Wahlkreisen. Zankapfel war dabei die Wirtschaftspolitik der Regierung, die «Reaganomics». Ein eigentliches Referendum über diese konnte nicht veranstaltet werden. Reagan beruft sich auf seine Erfolge bei der Inflationsbekämpfung und der Zinssenkung sowie auf den Abbau der Einkommenssteuern und die Stärkung der Rüstung. Die Demokraten beklagen

die hohe Arbeitslosigkeit und bezichtigten Reagan, er wolle die Social Security (AHV-IV) zurückschneiden. Vor vier Jahren hatten Carter und der von den Demokraten beherrschte Kongress eine Revision der Social Security vorgenommen, die eine empfindliche Steigerung der Beiträge nach sich zog und die nach ihrer Aussage das System bis ins einundzwanzigste Jahrhundert hinein hätte sanieren sollen. Jetzt ist eine neue Sanierung dringend notwendig.

Auf der nationalen Ebene liegt die Schwäche der Demokraten im Mangel an Alternativen zu Reagans Politik.

Mangel an Alternativen

Einzelne Demokraten haben zwar Vorschläge an die Öffentlichkeit gebracht, die mangels einheitlicher Führung nicht als Projekte der Partei erscheinen. Allen demokratischen Plänen sind zwei Elemente gemeinsam: die Forderung nach sofortiger Arbeitsbeschaffung und die nach einer Reduktion der Rüstungsausgaben. Reagan verlangte im Wahlkampf, dass die Bürger auf Kurs bleiben («stay the course») und der «Politik der Hoffnung» vor der «Politik der Furcht» den Vorzug geben sollten. Nach den Wahlen zeigt er nun eine gewisse Kompromissbereitschaft. Den Abbau der Einkommenssteuer will er aber notfalls mit dem Veto verteidigen.

Reagan hat sich trotz der ihn belastenden Staatsgeschäfte und seines Alters energisch im Wahlkampf eingesetzt. Er schreckte dabei vor massiven Entgegnungen nicht zurück, obwohl er normalerweise alles Gift mit einem Achselzucken und einem gewinnenden

Lächeln unwirksam macht. Einen Zwischenrufer vom äussersten rechten Flügel der Republikanischen Partei forderte der Präsident auf, das Maul zu halten («shut up!»); den von den Republikanern zu den Demokraten hinübergeflatterten Senator Donald W. Riegle bezeichnete er als «Demagogen aus Michigan», und Jerry Brown machte er wegen seines quijotischen Kampfs gegen die Mediterranen Fruit-fly in Kalifornien als «Gouverneur Medfly» lächerlich.

Frauen und Minderheiten

Das neugewählte Repräsentantenhaus wird mehr Frauen (21 anstatt bisher 20), mehr Schwarze (21 anstatt 18) und mehr Hispanics (9 anstatt 6) zählen als der abtretende 97. Kongress. Ungefähr drei Prozent mehr Wähler bemühten sich in die Stimmlokale als vor vier Jahren. Die Zunahme geht vor allem auf das Konto der Schwarzen und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Nicht genügend Schwarze bemühten sich allerdings zu den Wahlmaschinen, um einen der ihren zum Gouverneur von Kalifornien zu wählen.

Schwarze verhalfen dem 81 Jahre alten Senator John Stennis in Mississippi zur Wiederwahl, obwohl dieser 1982 zum allerersten Mal für und nicht gegen ein Bürgerrechtsgesetz gestimmt hat. Stennis erhielt schätzungsweise drei Viertel der Stimmen der Schwarzen. Noch etwas besser schnitt in Alabama George Wallace ab, einst Symbolfigur der Segregationisten. Obwohl prominente Schwarze wie Coretta King und Jesse Jackson in der Primärwahl zur Stimmabgabe gegen

Wallace aufgerufen hatten, siegte er in dieser und schlug in der Hauptwahl den rechts von ihm agitierenden republikanischen Bürgermeister der Hauptstadt Montgomery, Folmar, dank 79 Prozent der Stimmen der Schwarzen. Die Zeiten ändern sich . . .

Über den Wahlausgang zeigen sich vor allem auch die höchsten Gewerkschaftsführer zufrieden, die ausserordentliche Anstrengungen unternommen hatten, um die Arbeiterschaft zur Stimmabgabe, und zwar zugunsten der Demokraten, zu mobilisieren. Ihre Bemühungen waren so erfolgreich, dass sie nun hoffen, 1984 Senator Jesse Helms aus North Carolina, den Führer der Neuen Rechten im Kongress, ausbooten zu können.

Rückschlag für die Neue Rechte

Die Neue Rechte hatte 1978 und 1980 eine ganze Reihe von Linksdemokraten aus dem Kongress zu vertreiben vermocht. Diesmal war ihr geringerer Erfolg beschieden. Die von ihr aufgegriffenen Probleme – Verbot der Abtreibung durch einen Verfassungszusatz, Einführung des freiwilligen Gebets in den Schulen und Beendigung des Busing zum Zweck der Aufhebung der Segregation der Schüler – erschienen den Wählern weniger wichtig als etwa die Arbeitslosigkeit. Auch haben sich in manchen Fällen persönliche Angriffe gegen Politiker als unwirksam oder kontraproduktiv erwiesen, so etwa wenn Senator Metzbaum in Inseraten als «Freund der Verbrecher» dargestellt wurde, weil er für die Abschaffung der Todesstrafe eintritt. Befürworter der Abtreibung, die vom Obersten Gerichtshof 1973

nach der Fristenlösung bewilligt worden ist, wurden als «Kindsmörder» angegriffen. Senator Sarbanes wurde vorgeworfen, er zwingt Kinder zum Busing, während er seinen Sohn in eine Privatschule schicke. Senator Robert Byrd wurde vorgehalten, er verfüge in seinem Staat, West Virginia, über kein Haus, sondern wohne ausschliesslich in Washington. Das alles verfiel diesmal nicht.

Wie schon 1976 und 1980 stimmten die Schwarzen geschlossen für die Demokraten, selbst für alte Segregationisten. Zum ersten Mal öffnete sich ein «Gender gap», indem mehr Frauen als Männer für die Demokraten eintraten. Die Kluft zwischen Frauen und Männern war nach den Meinungsumfragen vor den Wahlen grösser als nach den Erhebungen unmittelbar nach der Stimmabgabe, als sie nur noch ungefähr drei Prozent betrug. Die grösste Frauenorganisation, die «National Organization of Women» (NOW) forderte ihre Mitglieder auf, in New Jersey gegen die republikanische Kandidatin für den Senat, Millicent Fenwick, eine Frauenrechtlerin, zu stimmen und in Massachusetts gegen die Repräsentantin Margaret Heckler. Beide Frauen wurden von linksdemokratischen Kandidaten geschlagen.

Vorboten der Präsidentenwahl

Kaum sind die Midterm-Wahlen vollzogen und unter einem Berg von oft irrelevanten Kommentaren wie unter Herbstblättern begraben, beginnen sich die Bewerber um die Nomination zu Präsidentschaftskandidaten 1984 zu rühren. Ronald Reagan lässt Signale

aufsteigen, dass er sich wieder stellen werde. Er hat seinen Freund Senator Paul Laxalt zum Parteichef ernannt. Richard Nixon, Gerald Ford und selbst Alexander Haig ermuntern den Präsidenten, sein Werk weiter zu führen. Reagan hat einige graue Haare erhalten seit er Präsident ist und seit dem Mordanschlag vom 30. März 1981. Senator Howard Baker spöttelt darüber: «Er wird nur vorzeitig grau.» Ronald Reagans um zwei Jahre älterer Bruder ist davon offenbar noch verschont geblieben.

Bei den Demokraten fehlt es nicht an Bewerbern. Edward Kennedy, der in Massachusetts keine Mühe hatte, die Wiederwahl in den Senat zu erreichen, war bis zu seinem Verzicht der Spitzenreiter. Nach Meinungsumfragen stand Jimmy Carters Vizepräsident, Walter F. Mondale, «Fritz» genannt, knapp hinter Kennedy an zweiter Stelle. Mondale lässt sich mit protektionistischen Thesen vernehmen, um bei den Gewerkschaften gut Wetter zu machen. Jimmy Carter äusserte sich abschätzig über seinen Primärwahlgegner von 1980, Kennedy, und meint bitter: «Mondale findet es

in seiner Weisheit für notwendig, von mir Abstand zu nehmen.» Nach Umfragen würde heute Reagan Mondale knapp schlagen.

Vier weitere Demokraten bereiten sich auf eine Kandidatur vor. Der bekannteste von ihnen ist John Glenn, der vor zwanzig Jahren als erster amerikanischer Astronaut die Erde umkreiste und der darauf vom Kongress empfangen und bejubelt wurde. Glenn ist 1980 mit überwältigender Mehrheit in den Senat wiedergewählt worden. Er spricht allerdings in Versammlungen überaus trocken. Freunde behaupten jedoch, dass er im kleinen Kreis brilliere.

Nach Glenn wären einzustufen Senator Gary Hart, 1972 Wahlmanager McGovern, der aus dem kleinen Staat Colorado kommt, Ernest F. Hollings, ein angesehener Senator aus South Carolina, und schliesslich Senator Alan Cranston, 68 Jahre alter linksdemokratischer Senator aus Kalifornien. Die zwei Jahre bis zu der Präsidentenwahl erscheinen in der Politik wie eine Ewigkeit; Wechsel der Geschicke sind so gut wie sicher.

Hans E. Tütsch

Bundesräte kommen und gehen – der Bundesrat bleibt

Mit den Bundesratswahlen vom 8. Dezember sind die durch den Rücktritt zweier Mitglieder entstandenen Lücken in unserer Landesregierung wieder ausgefüllt worden. Das Wahlgeschäft hat wie gewohnt, besonders im Vorfeld der Ausmarchung, viel zu

reden gegeben. Wenn es um Persönliches geht, zeigt sich der Schweizer immer noch stark an der Landespolitik interessiert. Dieses Erleben der Verbundenheit zwischen Volk und Behörden ist Tradition. Hören wir, wie der «Arme Mann im Tockenburg» in

seinen Erinnerungen an einen Besuch der Tagsatzung in Frauenfeld, der beizuwohnen er im Heumonat 1797 einen Fussmarsch von sieben Stunden hin und sieben Stunden zurück in Kauf genommen hat, seine Empfindungen beschreibt: «Wahrhaftig eine festliche, feierliche Handlung, die jedem Eidgenossen heilig sein soll, aufs neue den Schweizerbund zu befestigen, einander treu und ergeben zu sein und alle Misshelligkeiten in Güte beizulegen ...» – Etwas von dieser inneren Verpflichtung, die Ulrich Bräker in von nüchterner gewordenen politischen Bräuchen sich abhebender Empfindsamkeit zum Ausdruck bringt, hat sich in den Landsgemeindekantonen erhalten. Auch andernorts sind Wahlen – und besonders die sich daran schliessenden Festlichkeiten beim Empfang eines neuen Bundesrates in seinem Heimatkanton – noch immer ein Stück politischer Folklore, die das Szenarium des Feilschens um Gruppeninteressen aufhellt.

Die Festlichkeiten sind vorüber. Der Alltag stellt wieder seine Anforderungen. Auch die beiden Neuen werden sie bald zu spüren bekommen. Das sei gerade in diesen Tagen nicht nur des Personen-, sondern auch eines Jahreswechsels Anlass, sich über das Fortbestehen der Institution Bundesrat Gedanken zu machen.

Die Institution

Der schweizerische Bundesrat ist, immer wieder angemeldeten Reformversuchen zum Trotz, als Institution seit der Gründung des Bundesstaates unverändert geblieben. Seine personelle Zusammensetzung hat gewech-

selt, seine Aufgaben sind mit der stetigen Ausdehnung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten grösser geworden, aber noch immer gilt der in der ersten Bundesverfassung vom 12. September 1848 verankerte Satz:

«Die oberste vollziehende und leitende Behörde der Eidgenossenschaft ist ein Bundesrath, welcher aus sieben Mitgliedern besteht» (Artikel 83 BV alt, heute Artikel 95).

Auch der damals festgelegte Wahlmodus, die innere Organisation des Regierungskollegiums und die Abgrenzung seiner Kompetenzen gegenüber der Bundesversammlung als übergeordneter, gesetzgebender und kontrollierender Instanz sind nicht geändert worden: Die Mitglieder des Bundesrates werden von der Bundesversammlung aus allen Schweizer Bürgern, welche als Mitglieder des Nationalrates wählbar sind, auf die Dauer von vier Jahren (bis zur Revision von 1931 für jedesmal drei Jahre) ernannt, wobei jeweils «nicht mehr als ein Mitglied aus dem nämlichen Kanton» gewählt werden darf. Nach jeder Gesamterneuerung des Nationalrates findet auch eine Gesamterneuerung des Bundesrates statt, die in der Regel bloss Bestätigung ist. Die in der Zwischenzeit ledig gewordenen Stellen werden bei der nächstfolgenden Sitzung der Bundesversammlung für den Rest der Amtsdauer wieder besetzt. Die Mitglieder des Bundesrates dürfen keine andere Beamtung, sei es im Dienste der Eidgenossenschaft, sei es in einem Kanton, noch irgendeinen andern Beruf oder ein Gewerbe bekleiden. Den Vorsitz im Bundesrat führt der Bun-

despräsident, der wie auch der Vizepräsident von den vereinigten Räten aus den Mitgliedern des Kollegiums für die Dauer eines Jahres gewählt wird; seine oder des Vizepräsidenten Bestätigung in derselben Funktion während zwei unmittelbar aufeinander folgenden Jahren ist ausdrücklich ausgeschlossen.

Die Befugnisse und Obliegenheiten des Bundesrates sind gemäss Artikel 102 namentlich die gesetzesgemässe Leitung der «eidgenössischen Angelegenheiten», das Vorschlagsrecht für Gesetze und Bundesbeschlüsse, deren Vollzug, die Vornahme aller Wahlen, die nicht ausdrücklich der Bundesversammlung oder einer andern Behörde vorbehalten sind; die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität des Landes, die Sorge für die innere Sicherheit, das heisst Handhabung von Ruhe und Ordnung im Lande. Über seine Verrichtungen, zu denen schliesslich auch die Verwaltung der Finanzen und die Aufsicht über die Geschäftsführung aller Beamten und Angestellten der eidgenössischen Verwaltung gehört, hat der Bundesrat der Bundesversammlung regelmässig Rechenschaft abzulegen.

Es entspricht diese Regelung, die zugleich auf Beständigkeit und Verhütung persönlicher Macht angelegt ist und in ihrer Ausgeglichenheit von ausländischen Beobachtern immer wieder bewundert wird, alteidgenössischer Tradition. Wie William Rappard in seiner Verfassungsgeschichte 1848/1948 hervorhebt, schien es der verfassunggebenden Versammlung von damals «ganz natürlich», die ausführende Gewalt einem vom Parlament gewählten Kollegium von

Staatsmännern anzuvertrauen. Das Regierungskollegium war so alt wie die Kantone selber. Ein Präsidentenregime, wie es das Studium amerikanischer Einrichtungen hätte nahelegen können, wäre mit den Ansichten und Gewohnheiten des Landes nicht vereinbar gewesen. In der Kommission herrschte Einmütigkeit darüber, dass dem Bundespräsidenten keine zu grosse Machtfülle zugemessen werden dürfe. Er hat wohl während des Präsidialjahres die repräsentativen Verpflichtungen eines Staatspräsidenten, doch im übrigen funktioniert er nur als «Primus inter pares», der vornehmlich für den geordneten Ablauf der Geschäftsordnung zu sorgen hat. Kollegialsystem und demokratischer Sinn widersetzen sich mit Beharrlichkeit jedem zu ausschliesslichen Vorrang und sind auf Ausgleich bedacht. Ein Grundsatz, der auch in der Bestimmung zum Ausdruck kommt, dass nicht zwei Mitglieder der Behörde aus demselben Kanton gewählt werden dürfen.

Wenn die Zunahme der Geschäftslast und die Schwierigkeiten des Bundesrates, diese Last mit den verfassungsmässig vorgesehenen Mitteln noch zu bewältigen, auch wiederholt zu Vorstössen geführt haben, daran Änderungen anzubringen – Erhöhung der Mitgliederzahl und Schaffung eines Präsidialdepartements mit stärkeren Führungskompetenzen des Bundespräsidenten während einer verlängerten Amtszeit –, so hat doch keiner dieser Versuche durchgeschlagen. Selbst der vieldiskutierte Entwurf für eine Totalrevision der Bundesverfassung, der sonst manche als revolutionär empfundene Neuerung vorschlägt, hat in diesem Punkt nicht

ernstlich an die geltende Ordnung gerührt. Die Mehrheit der Experten hat letztlich von jeder Beeinträchtigung des Kollegialprinzips – sei's in Gestalt einer die Kontaktfähigkeit beeinträchtigenden Ausweitung des Kollegiums, sei es durch zu straffe Führungsstruktur – abgesehen und sich mit der Übernahme mehr administrativer Korrekturen begnügt, wie sie teilweise schon mit der kürzlichen Aufwertung des Bundeskanzlerpostens zu einem Stabsorgan realisiert worden sind (vgl. den Beitrag vom Mai 1981).

Idyllische Reminiszenzen

Man kann also mit gutem Grund von der Bewährung einer Institution sprechen, die nunmehr über 134 Jahre hinweg in ihren Grundsätzen den veränderten äusseren Umständen standgehalten hat, wobei dieser Wandel der Verhältnisse eindrücklicher als mit langen Aufzählungen mit einer kleinen Reminiszenz deutlich gemacht werden kann. Peter Dürrenmatt ruft sie in seiner neuen Schweizer Geschichte von 1976 wach, wo er auf Seite 671 in Band II wörtlich schreibt: «Es gab, als die neue Verfassung fertig war, Politiker, die allen Ernstes prophezeiten, der neue, in vollem Amt eingesetzte Bundesrat werde zu wenig Arbeit vorfinden, werde nicht wissen, womit er seine Zeit totschiessen solle.» Und zwanzig Seiten weiter, wo von den Anfängen der praktischen Regierungsarbeit des ersten Bundesrates die Rede ist, der – immer laut Dürrenmatt – sich «aus solidem Mittelmaass» zusammensetzte und kollegial so gleichgestellt war, dass die Departemente jedes Jahr gewechselt wurden,

wobei die Neuverteilung von der Regel ausging, dass der Bundespräsident immer das Politische Departement zu verwalten hatte: «Noch war die Geschäftslast klein und übersichtlich. Jeder Bundesrat behalf sich mit ein paar Schreibern, und die Mär behauptet, der jeweilige Chef des Finanzdepartements habe um die Mittagszeit, wenn das Bundesbüro geschlossen wurde, die Bundeskasse mit nach Hause genommen und sie nach dem Mittagessen wieder im Tresor seines Büros verstaut.»

Eine andere Überlieferung, die anlässlich einer Feier des alten «Erlacherhofs», der zu Beginn des Bundesstaates mehrere Departemente, die Bundeskanzlei und den Bundesratsaal beherbergt hatte, vom bernischen Stadtschreiber Wullschleger verbreitet wurde, stellt diese Idylle etwas anders dar: «Die Bundesgelder lagen, sicher verwahrt, in einem Gewölbe des Erdgeschosses, und in einem angrenzenden Raum waltete der Bundeskassier seines Amtes. Er hatte hier auch zu übernachten, so oft grössere Geldbeträge eingegangen waren. Und es wird überliefert, dass er den Schlüssel zum Gewölbe jeweils im Bett versteckt hielt.»

Sei dem, wie ihm wolle, Tatsache ist, dass das Amt eines Bundesrates bald keine Sinekure mehr war. Die Zeiten sind endgültig vorbei, da Bundesräte noch Zeit fanden, beim schweizerischen Nationalsport, dem gut eidgenössischen Jass, sich von der Arbeit in den Amtsräumen zu erholen und am Wirtshaustisch Kontakte unter ihresgleichen oder mit dem Mann aus dem Volk zu pflegen. Der junge Bundeshausjournalist hat diese legendären Geschichten aus dem Munde

älterer Kollegen, die sie seinerzeit noch persönlich erlebt haben, vernommen. Vor allem von der unvergessenen Ilse Hohl, Korrespondentin der «Appenzeller Zeitung», die 1956 im Alter von 86 Jahren in einem städtischen Pflegeheim gestorben ist, aber bis 1948 aktiv gewesen war. Die auch im Ratssaal ihr Kapotthütchen nicht ablegende Kollegin hat immer gern in den Erinnerungen aus alten Zeiten gekramt, da die einzige Frau unter lauter Männern darauf angewiesen war, den Magistratspersonen die spärlich fliessenden Informationen abzulauschen.

Die rauchige Gaststube im «Della Casa» zu ebener Erde, in den Sessions-tagen der eidgenössischen Räte immer noch beliebter Treffpunkt von Parlamentariern, hat ihre Karriere als Wartsaal der Kutscher der nebenan, im Hotel «Storchen» – dem heutigen «Bristol» – abgestiegenen Herrschaften begonnen. Eine «Della-Casa-Historie» wird von Bundesrat Eduard Müller berichtet, der im Jahr der Landesausstellung von 1914 Bundespräsident war. Zu jeder Tages- und Nachtzeit war er immer am gleichen Tisch in unmittelbarer Nähe der Schenke anzutreffen, wenn er nicht gerade seine Begrüssungsrunde bei den Gästen machte. Als nun der Eröffnungstag der Landesausstellung gekommen war, durfte der Berner Bundesrat unter den Ehrengästen nicht fehlen. In Bratenrock und gestreifter Hose marschiert er ins Neufeld. Aber als er am Eingang einfach so durchschlüpfen wollte, packte ihn ein Sekuritasmann an den Rockschössen und fragte nach dem Ausweis. «Ja Mano, chennet d' Ihr mich nid? – ich bin de Bundesrat Müller!» meinte der Magistrat

in Festlaune, nachdem er vergeblich in seiner Brusttasche nach einem Ausweispapierchen gesucht hatte. Der «Mano» liess sich nicht verblüffen. Er appellierte an seinen Kollegen an der Kasse: «He Kari, chennsch du dä da?» – Kurzes Überlegen beim Mann von der Sicherheitspolizei, dann kam es aufleuchtend: «Deich wohl, das isch de Beizer vom Delli!»

Die Fama von der grossen Einigkeit

Es taucht heute etwa die Vermutung auf, dass mit dem Einzug der Sozialdemokraten in die Regierung, aller nach aussen demonstrierten Einigkeit des Bundesrates zum Trotz, das Regieren schwieriger geworden sei. Die lauthals proklamierte Oppositionsrolle der vierten «Bundesratspartei» im Parlament und auf der Strasse legt solches nahe. Doch es muss mit Entschiedenheit der Legende begegnet werden, als habe in der Kollegialregierung von einst, als diese noch ausschliesslich aus Männern derselben Parteifarbe zusammengesetzt war, eine ganz andere Eintracht geherrscht. Vor hundert Jahren schon, als die Bestellung der Exekutive noch ausschliesslich Domäne der radikal-liberalen Gründer des Bundesstaates war, waren Klagen über den mangelnden inneren Zusammenhalt zu hören. So, als nach der Demission von vier Mitgliedern der Bundesrat 1875 neu zusammengesetzt werden musste. Einer der Neugewählten, der ideenreiche und eigenwillige Numa Droz, schrieb später, wie in Dürrenmatts Schweizergeschichte in indirekter Rede nachzulesen ist, «es habe dem

Kollegium an innerem Zusammenhalt gefehlt und jedes Bundesratsmitglied habe nur seine Departementsaufgaben gesehen». Das Zitat mutet gegenwartsnah an. Und wenn am gleichen Ort ein Tagebucheintrag von Karl Schenk (Bundesrat von 1863 bis 1895) in Erinnerung gerufen wird, wonach sich auf den gemeinsamen abendlichen Zusammenkünften «die Bundesräte nicht zu unterhalten verstanden und um Geld Karten spielten», so belegt diese Notiz wohl die oben geschilderte, vermeintliche Idylle, ist aber ein eher desillusionierendes Zeugnis früherer Zustände.

Was derzeit gelegentlich über mangelnde Konkordanz im Bundesrat durchsickert und berechtigtes Aufsehen erregt, tritt jedenfalls hinter Erfahrungen zurück, die beispielsweise in der berühmt/berüchtigten Ära Schulthess–Musy von sich reden gemacht haben. Gewiss: man war damals schon nicht mehr ganz «unter sich»; das Kollegium war längst durch zwei Mitglieder katholisch-konservativer Observanz ergänzt worden und auf Jahresbeginn 1930 der Bauernparteiliche Minger dazu gekommen. Wie aber der freisinnige Landwirtschaftsminister jener Zeit, Edmund Schulthess (1912 bis 1935 im Bundesrat), und der katholisch-konservative Finanzminister Jean-Marie Musy (1919 bis 1934) aufeinander reagiert haben, das überstieg das Mass parteipolitischer Meinungsverschiedenheiten. Das gespannte Verhältnis zweier starker Persönlichkeiten ist auch der Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben, hatten doch beide ihre «Hofjournalisten», die sie für ihre Zwecke einspannten.

Schulthess und Musy waren nicht

nur unterschiedlicher Auffassung, wie die dringenden Nachkriegsprobleme mit der Einrichtung eines Getreidemonopols, der Schaffung einer neuen Alkoholordnung oder einer Altersversicherung gelöst werden sollten – sie belauerten sich auch persönlich wie Hund und Katze. Aufschlussreiche Einzelheiten über die «Interna» im Bundesrat sind den Tagebüchern von Bundesrat Scheurer zu entnehmen, der von 1919 bis 1929 dem Kollegium angehörte. Dank dem Umstand, dass der einsame Scheurer, der Junggeselle geblieben ist, seine Erlebnisse und Gedanken getreulich Tag für Tag seinem Tagebuch anvertraut hat, weiss man seit deren Veröffentlichung mehr über jene Vorgänge, als den Zeitgenossen bewusst geworden. Ein Eintrag am Tag nach der Verwerfung des Getreidemonopols vom 5. Dezember 1926, die für Schulthess eine schmerzliche Enttäuschung brachte, während Musy mit seinen erfolgreich gegen die «Verstaatlichungspolitik» agierenden Mitkämpfern triumphierte, bezeugt es. «... Schulthess sucht sich so gut wie möglich in die Sache zu schicken; er hat bei einigen Leuten soviel Hass erzeugt, dass die Erbitterung vorläufig noch bleiben wird. Musy sieht etwas lang in die Welt hinaus; er merkt vielleicht, dass nun die Sache mit dem Alkohol auch gefährdet ist. Er muss sich übrigens entschuldigen, dass er neuerdings aus der Sitzung ausgeplaudert hat und dazu noch ein Privatgespräch mit Schulthess, das Musys Journalisten sofort in die Zeitungen gebracht haben ...» (Bundesrat Karl Scheurer, Tagebücher, herausgegeben und eingeleitet von Hermann Böschenstein, Bern 1971, Seite 216).

Die stabilste Regierung der Welt

Heute ist Willy Ritschard eine Art «enfant terrible» im Bundesrat, indem er zuweilen Einzelheiten aus der Regierungsstube an die Öffentlichkeit bringt, die besser verschwiegen blieben. Die nicht leichte Stellung, welche aus der Oppositionshaltung seiner Partei auf der einen und seiner landesväterlichen Güte auf der anderen Seite resultiert, ist offenbar eine Versuchung, zwar das Rechte zu wollen, aber das Falsche zu tun. Sein Tun entspringt nicht heimtückischem Taktieren. Dass er, wie das die ihm vorangegangenen Sozialdemokraten im Bundesrat – Ernst Nobs, Max Weber, Willy Spühler und Hans Peter Tschudi – mit mehr oder weniger Erfolg getan haben, in Sachfragen andere Auffassungen vertritt, als sie von den bürgerlichen Kollegen vertreten werden, ist selbstverständlich. Das entspricht dem System einer Mehrparteienregierung, in der sich unterschiedliche Konzeptionen «zusammenraufen» müssen. Es wird so längst auch in den Kantonen praktiziert, wobei übrigens in unserer «direkten Demokratie» ohnehin das letzte Wort nicht Regierung oder Parlament, sondern die Stimmbürger haben.

Dieser Umstand ist allerdings wohl auch ausschlaggebend dafür, dass wir keine «starke» Regierung haben. Unser Bundesrat lässt sich öfters von Strömungen führen, statt in der Strömung das Steuer fest in die Hand zu nehmen. Das lässt ihn dann Schiffbruch erleiden. Ein typisches Beispiel aus jüngster Zeit war das Thema «Arbeitszeitkürzung». Die mit den Vertretern des Bundespersonals ausgehandelte Lösung hätte von ihm nie ab-

gesegnet werden dürfen; sie hat in keiner Weise in die derzeitige finanzpolitische Landschaft gepasst. Mit dem falschen Entgegenkommen wurden bei den Gewerkschaften Erwartungen geweckt, die nicht eingelöst werden konnten. Nun haben wir, weil das Parlament richtig reagiert hat, bei den Enttäuschten Aufregung und Demonstrationen, die zu vermeiden gewesen wären.

Eine andere unrühmliche Episode, ebenfalls aus den letzten Wochen, hat sich der Bundesrat mit der ungeschickten Behandlung der anstehenden Verkehrsfragen geleistet: Jahrelang hat er die längst fällige Vorlage einer «Gesamtverkehrskonzeption» verzögert, um sie in einer unangebrachten Mutanwandlung ausgerechnet in dem Augenblick auf den Tisch des Hauses zu legen, da der Souverän bewogen werden sollte, der vorgezogenen Teillösung mit den verlängerten Benzinzollzuschlägen zuzustimmen. Er muss dadurch verunsichert werden, so dass sehr wohl nicht nur die «Taube auf dem Dach», sondern auch der «Spatz in der Hand» davonfliegen könnte.

Einmal Hüst – einmal Hott. Trotzdem ist unser Bundesrat die stabilste Regierung der Welt. Seit seiner Einsetzung ist es noch nie zu einer Regierungskrise gekommen. Und es ist in dieser langen Zeit erst zweimal vorgekommen, dass ein Regierungsmitglied, das sich zur Wiederwahl stellte, vom Parlament im Amt nicht bestätigt wurde. Die beiden Ausnahmen datieren auf die Anfangszeiten des Bundesstaates zurück, als der Berner Ochsenbein, der seinen Parteifreunden nicht mehr radikal genug war, 1854 nicht wiedergewählt wurde; 1872 blieb

der Genfer Challet-Venel auf der Strecke, weil er sich gegen die zentralistische Verfassungsrevision jenes Jahres ausgesprochen hatte. Daneben gab es allerdings Fälle, in denen eine Demission praktisch erzwungen wurde. Am bekanntesten ist der Rücktritt des Vorstehers des Politischen Departements von 1917, des St. Gallers Arthur Hoffmann. Er hatte sich durch den in Petersburg weilenden Robert Grimm zum Versuch verleiten lassen, zwischen der Kerenski-Regierung und den Zentralmächten einen separaten Frieden zu vermitteln; mit der sofortigen Demission ist die durch eine Indiskretion bekannt gewordene, die Neutralität gefährdende Unvorsichtigkeit bereinigt und Schlimmeres verhütet worden. Schliesslich ist es auch eine als nicht stilgerecht empfundene Ausnahme geblieben, dass ein mit «seinem» Projekt gescheiterter Bundesrat das Rennen aufgibt; der Abschied des enttäuschten Max Weber. Nach der in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1953 verworfenen Finanzreform ist er demonstrativ zurückgetreten.

Schweizerische Bundesräte müssen eine dicke Haut haben. Sie wächst nicht allen in gleicher Weise. Nicht wenige haben sich innerlich aufgerieben. Das ist immer eine menschliche Tragödie. Staatspolitisch schwer-

wiegender als diese Tragik, mit der ein Politiker, der sich von seinem Amt überfordert fühlt, selber fertig werden muss, sind Versager des Kollegiums. Wenn schon festgestellt werden musste, dass der Bundesrat keine starke Regierung ist und die Rolle des starken Mannes auch institutionell nicht in gleicher Weise spielen kann wie andere Regierungssysteme, so heisst das doch nicht, dass er die Führungsaufgabe zugunsten des blossen Verwaltens vernachlässigen dürfte. In dieser Hinsicht erhofft man sich vom soeben ergänzten Kollegium neue Impulse.

Der Wunsch sei allerdings sogleich mit einer Neuverpflichtung des Bürgers gegenüber seiner Regierung quittiert: Eine Nation, die in dieser Zeit des Übergangs und unerhörter Wandlungen so in sich zerstritten und unsicher ist wie die unsere, sollte nicht allzu anspruchsvoll sein und nicht alle Verantwortung einfach auf die Regierung abschieben. Der Bundesrat als «Sündenbock der Nation»: ein beliebtes Bild für Biertischstrategen! Der verantwortliche Bürger sollte aus der Feststimmung der Bundesratsfeiern wenigstens soviel in den nüchternen Alltag mitnehmen, dass er ein Stück Verständnisbereitschaft für die geplagte Landesregierung behält.

Arnold Fisch